



# Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm

Ausgabe 16 – März 2010

KOLUMNE

Umweltpolitik

**Liebe Leserin,  
Lieber Leser**

am 4. Februar war die schwarz-gelbe Bundesregierung 100 Tage im Amt. Das Fazit ist beschämend: Die Wunsch-Koalition ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. Sie macht einen Fehler nach dem andern und ist so hoffnungslos zerstritten, dass sie zum Regieren unseres Landes keine Kraft mehr hat. Daran konnten auch die Krisenklausur knapp drei und die Kabinettsumbildung vier Wochen nach Amtsantritt nichts ändern. Ich befürchte, dass die Bettvorlegerphase noch vielfache 100 Tage anhält, denn der hastig zusammengeschusterte Koalitionsvertrag wirft mehr Fragen auf als er beantwortet. Themen wie Gesundheitsreform, die Neuregelung der Gemeindefinanzen, die Kinderbetreuung und die Steuerreformen werden in Regierungskommissionen verschoben. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschleunigt nur die Staatsverschuldung. Und von der spendenbeförderten Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie ist man selbst in den eigenen Reihen längst nicht mehr überzeugt, kostet sie den Bundeshaushalt doch eine Mrd. Euro, ohne Nutzen für Beschäftigte oder Kunden. Als Geschenk an die Agroindustrie hat die Koalition gerade die Exportförderung für Agrarprodukte verdoppelt - zu Lasten des Ökolandbaus. Während der Umweltminister versucht der Solarbranche den Garaus zu machen, können die Energiekonzerne triumphieren. Gute Politik sieht anders aus, meint Ihre

Cornelia Behm

## Gemeingüter schützen

**Der offene Zugang zu und der nachhaltige Umgang mit Gemeingütern sind notwendige Voraussetzungen für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Doch die Verfügbarkeit von Gemeingütern nimmt durch ihre ungebremst voranschreitende Privatisierung immer weiter ab.**

Gemeingüter stellen nicht nur eine entscheidende Grundlage für Wertschöpfung, regionale Entwicklung und gesellschaftlichen Wohlstand dar. Jede Form des natürlichen und sozialen Lebens auf unserem Planeten basiert auf ihrer freien Verfügbarkeit. Zu den Gemeingütern gehören sowohl natürliche Ressourcen wie saubere Luft, gesunde Böden, vitale Wälder und fischreiche Gewässer als auch vom Menschen geschaffene Softwareprodukte oder Kulturgüter und -landschaften.

Die Aneignung und einseitig auf wirtschaftliche Ausbeutung orientierte Nutzung von Gemeingütern durch Einzelne hat schwerwiegende Nachteile für die Mehrheit der heute und zukünftig lebenden Menschen. Denn das Ergebnis sind Umweltzerstörung, erschöpfte Ressourcen und nicht zuletzt der Klimawandel.

Unsere Lebensqualität wird aber auch dadurch eingeschränkt, dass Wissen exzessiv kommerzialisiert und künstlich verknappt wird, beispielsweise in Form von Softwareprodukten oder Ergebnissen öffentlich geförderter Medizinforschung.

Der Schutz und langfristige Erhalt von Gemeingütern gehört deshalb auf die politische Tagesordnung. Dabei ist uns bewusst, dass es keine einfachen Lösungen oder Patentrezepte dafür gibt, wie der offene Zugang für alle zu Gemeingütern abgesichert werden kann. Denn so verschieden die Gemeingüter von ihrer Art und die an sie gerichteten Nutzungsinteressen sind, so vielfältig sind auch die Möglichkeiten sie zu sichern und zu erhalten.

Entscheidend ist jedoch für alle, ob und wie gemeinschaftsorientierte und damit auf ihren langfristigen Erhalt ausgerichtete Nutzungsrechte etabliert, durchgesetzt und gesichert werden können. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass sich jegliche Eigentums- und Nutzungsformen an den Prinzipien der

gerechten Teilhabe und der Nachhaltigkeit orientieren. Zum einen muss bei jeder Nutzung gewährleistet sein, dass Gemeingüter nicht in ihrem Bestand zerstört oder verbraucht werden. Zum anderen müssen wir sicherstellen, dass niemand, der anspruchsberechtigt oder auf die jeweiligen Gemeingüter angewiesen ist, von Zugang und Nutzung ausgeschlossen wird.

**Privatisierung  
zerstört  
Gemeineigentum**



Frei zugängliche Natur: Bald im Privatbesitz?

# Der Zug zum Flug: BBI von der Bahn abgehängt

Die Querelen um den Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) nehmen kein Ende: Anstatt die Anregungen engagierter Bürger aufzugreifen, um eine komfortable Bahnanbindung zu schaffen, werden Fakten auf mangelnder Rechtsbasis geschaffen.

Für die Schienenanbindung des Flughafens BBI werden insgesamt 640 Mio. Euro an Bundes- und Landesmitteln bereitgestellt. Aber trotz dieser erheblichen Investitionskosten und voraussehbarer hoher Betriebskosten wird sich der Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) von heute 46 Prozent auf 30 Prozent sogar verschlechtern. Das liegt insbesondere daran, dass nicht effizient und bedarfsgerecht geplant und gebaut wird.

Zur Inbetriebnahme des Flughafens werden bspw. nur zwei Regionalzüge pro Stunde dort halten.

Bei den Genehmigungsverfahren der Schienenanbindung des BBI aus Richtung Westen (Dresdner Bahn durch Lichtenrade) und aus Richtung Osten (von Görlitzer Bahn durch den Bohnsdorfer Erholungswald) sind bereits Klagen angekün-

digt worden. Das bedeutet, dass mit Verzögerungen bei der Inbetriebnahme zu rechnen ist.

Der Deutsche Bahnkundenverband kritisiert, dass am BBI verschiedene Bauvorhaben bereits begonnen haben, obwohl die Planungsvorhaben noch nicht rechtssicher abgeschlossen sind. Eines dieser Bauvorhaben ist die BBI-Ostanbindung durch den Bohnsdorfer Wald. Hier werden schon Tatsachen geschaffen: Die BAB 117 wird im Bereich der geplanten Trasse höher gelegt. Dabei wäre es gar nicht nötig, den Wald zu zerschneiden und Bohnsdorf zu verlärmern, denn es gibt eine Alternative. Eine Arbeitsgruppe hat sich intensiv mit der Planung befasst und schlägt vor, die Bahn entlang der BAB 113 zu führen. Diese Strecke wäre fast 4 km. kürzer und damit deutlich preisgünstiger zu bauen. Das nicht aufzugreifen, ist geplante Verschwendung von Steuergeld, kommentiert Cornelia Behm.

## Teuer durch schlechte Planung

### Der Zug zum Flug – BBI von der Bahn abgehängt.



# Lärmschutz braucht lautstarke Unterstützung

In Michendorf und Umgebung hört man zurzeit überall „Lärmschutz jetzt!“. Denn hier soll die Autobahn verbreitert werden. Anwohnerinnen und Anwohner fordern mehr Lärmschutz im Planfeststellungsverfahren.



### Rollender Lärm: Anwohner der A10 setzen sich für geringere Geschwindigkeiten und Lärmschutzwände ein.

Die Bundesautobahn A10 zwischen den Dreiecken Nuthetal und Potsdam ist einer der am meisten befahrenen Autobahnabschnitte Deutschlands. Sie soll hier von sechs auf acht Spuren, im Bereich der Abfahrt und der Raststätte Michendorf sogar auf zwölf Spuren ausgebaut werden. Das Bauvorhaben befindet sich aktuell im Planfeststellungsverfahren. Das ist formal die einzige Möglichkeit für Kommunen und ihre Einwohner, sich zum Ausbau zu äußern. Aber die Planungen stoßen bei den Anwohnern auf massive Kritik, weil die bisher vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen völlig unzureichend sind. Das Engagement konzentriert sich in der Bürgerinitiative Lärmschutz jetzt!. Mit drei zentralen Forderungen wendet sie sich an die Politik.

## Flüsterasphalt und Tempo 100

1. Auf die Fahrbahnen muss offener Asphalt – OPA (sog. Flüsterasphalt) aufgebracht werden. Nur durch diese Maßnahme kann der Lärm bereits am Entstehungsort

aktiv verhindert werden. Diese Form des Lärmschutzes ist in anderen Bundesländern längst üblich.

2. Es müssen weitere Lärmschutzwände auf der Nordseite, auf dem Mittelstreifen und im Bereich der Parallelspurten gebaut werden. Anderenfalls sind die anliegenden Gemeinden Michendorf und Schwielowsee der Verlärmung schutzlos preisgegeben.

3. Aus Gründen des Lärmschutzes und der Verkehrssicherheit ist die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 100 km/h zu beschränken.

Cornelia Behm unterstützt diese Forderungen. Sie hat eine Kleine Anfrage ihrer Bundestagsfraktion an die Bundesregierung initiiert, in der sowohl die o.g. Fragen angesprochen werden, als auch die Bedeutung von Bürgerbeteiligung an der Planung.

Die Antwort der Bundesregierung lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

# Riesenschleuse verhindern

Bei den Bewohnern von Kleinmachnow, Stahnsdorf und Teltow und ihren Gästen ist die Teltowkanalau als Naherholungsgebiet sehr beliebt. Sie protestieren gegen eine überdimensionierte Schleuse.

Die Machnower Schleuse aus dem Jahr 1906 ist das Wahrzeichen von Kleinmachnow. Ursprünglich sollte sie im Rahmen des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit 17 (VDE 17) auf 190 Meter Länge ausgebaut werden. Nachdem der Teltowkanal nach der Schließung des Osthafens in Berlin auf Wasserstraßenklasse IV zurückgestuft wurde, sind hier aber nur noch das Europaschiff mit einer max. Länge von 85 Metern und einer Breite von 9,50 Metern sowie Schubverbände von 125 Metern Länge und 9,50 Metern Breite zugelassen. Eine Schleusenkammer von 115 Metern Länge wäre also völlig ausreichend, zumal die Auslastung des Teltowkanals bei unter 20 Prozent liegt. Schubverbände, die für die Schließung entkoppelt werden müssen, verkehren nicht mal jede Woche.

Es ist die Nordkammer der Schleuse, die, weil sie erneuerungsbedürftig



Havelmännchen sind an die Machnower Schleuse gezogen.

ist, von derzeit 85 Metern Länge auf 190 Meter ausgebaut werden soll. Die Wasserstraßenverwaltung des Bundes hat die Bauarbeiten gemäß Planfeststellungsbeschluss von 2002 bereits ausgeschrieben. Der Baubeginn steht unmittelbar bevor. Doch die Region wehrt sich. Denn die Kanalaue ist ein beliebtes Naherholungsgebiet. Und für eine 190 Meter lange Schleuse müssten erhebliche Uferabgrabungen erfolgen und viele sehr alte und wert-

volle Bäume gefällt werden.

Diese Abgrabungen würden im Falle der 115 Meter-Schleuse in deutlich geringerem Umfang anfallen, womit auch ein Großteil des wertvollen Baumbestandes erhalten bleiben könnte.

Nach Vorlage neuer Unterlagen wurde deutlich, dass die Planung der Kleinmachnower

Schleusenanlage in wichtigen Punkten nicht auf einer objektiven Analyse von Alternativen beruht. Eine Richtlinie für die

Anlage von Koppel- und Wartestellen wurde willkürlich ausgelegt, um die Riesenschleuse als ökologischste Variante zu begründen. Die Ausbaugegner fordern seit langem eine Neuplanung. Doch aktuell haben sie Sorge, dass mit der Fällung der Bäume schon mal vollendete Tatsachen geschaffen werden. Deshalb wird seit der Adventszeit 2009 an der Schleuse in Kleinmachnow protestiert und demonstriert.

## Tierschutz

# Netz gegen Großmastanlagen

Massentierhaltung bringt schlimme Folgen für Tier, Mensch und Umwelt mit sich. Cornelia Behm unterstützt die Gegner dieser Entwicklung bei ihrer Vernetzung.

Die Grüne Woche 2010 liegt schon wieder einige Zeit zurück. Was haben die Besucherinnen und Besucher der Messe mitgenommen? Sicherlich werden einige mit einem falschen Bild von Landwirtschaft in Deutschland nach Hause gefahren sein. Denn leider werden viele Missstände auf der Grünen Woche nicht mit der notwendigen Eindringlichkeit dargelegt. Hierzu zählt auch die Massentierhaltung. Anträge für Großmastanlagen schießen geradezu aus dem

Boden. Schlimmer noch ist, dass diesen Anträgen auch stattgegeben wird. Trotz des Verstoßes gegen EU-Richtlinien zum Schutz von Tieren werden solche Großmastanlagen in Brandenburg sogar gefördert. Dass sich besonders viele Großmastanlagen in der Nähe oder innerhalb von Schutzgebieten ansiedeln wollen, steigert das Unverständnis.

Neben den fürchterlichen Bedingungen für die Tiere in den Anlagen bergen Großmastanlagen auch



Fehlende Bewegungsfreiheit ist nicht artgerecht.

erhebliche Gefahren für Mensch und Umwelt. Wie soll beispielsweise ein junges Tourismusplätzchen, das Arbeitsplätze schafft und einer Region neues Selbstvertrauen gibt, auf eine stinkende Großmastanlage reagieren? Weitere negative

Folgen sind unter anderem die Verschmutzung von Grundwasser, die hohe Güllebelastung und die Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch Tiertransporte. Auch hinsichtlich des Welthandels hat Massentierhaltung nur störende Wirkungen. Durch die Überproduktion von Fleisch in Europa drängt die billige Ware auf die Märkte der Entwicklungsländer und zerstört die heimischen Wirtschaftskreisläufe. Bei uns wiederum führt die Überproduktion zu Preisdumping und somit wieder zu einer Erhöhung der Stückzahlen. Ein Teufelskreis, der durchbrochen werden muss.

In Brandenburg gilt es nun, die Gegner der Großmastanlagen, allen voran die Bürgerinitiativen und engagierten BürgerInnen, an einen Tisch zu bringen und zu vernetzen. Ein solcher Anlauf wird von Cornelia Behm unternommen. Interessierte melden sich bitte im Wahlkreisbüro unter 0331/887 10 56 oder per eMail: cornelia.behm@wk.bundestag.de

## FAIRer Blumenkauf

Eine von Cornelia Behm und der Elisa Biowelt in Schulzendorf organisierte Veranstaltung klärte über fair gehandelte Blumen und Bio-Blumen aus der Region auf. Auf dem Podium saßen Expertinnen, die während der lebhaften Diskussion den ZuhörerInnen Rede und Antwort standen.

## Alleenschutz

Cornelia Behm wurde zur neuen Vorsitzenden der Alleenschutzgemeinschaft e.V. gewählt. Mehr Öffentlichkeitsarbeit für den Alleenschutz, weniger schädlichen Streusalzeinsatz und neue Pflanzungen stehen für 2010 auf der Agenda.

## Gedenkstätte Leistikowstraße

Bei einem Besuch in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam informierte sich



Cornelia Behm bei der Gedenkstättenleiterin Dr. Ines Reich über den Stand der Vorbereitungen der Dauerausstellung und den Interimsbetrieb.

## Solarförderung

Auf einer von Firmen aus der Solarbranche organisierten Protestveranstaltung im Barnim sprach sich Behm gegen die geplanten Kürzungen der Einspeisevergütung für Solarstrom aus.

## Jobcenter Potsdam

Im gemeinsamen Gespräch mit der Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Potsdam, Edelgard Woythe, war man sich einig, dass die Angebote und Leistungen für Arbeitslose weiterhin aus einer Hand kommen müssen. Auch wenn die dafür erforderliche Grundgesetzänderung scheitern sollte, muss ein Weg für die Zusammenarbeit von Arbeitsagentur und Kommunen gefunden werden.

**Kleine Terminauswahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)**

### 8. März

Besuch der Wurmfarm Feustel  
in Michendorf

### 9. März

Podiumsdiskussion der  
Bürgerinitiative ContraEndlager  
in Neuhausen

### 10. März

Gespräch mit der Bürgerinitiative  
Freie Heide  
in Neuruppin

### 11. März

Besuch der Firma aleo solar  
in Prenzlau.

### 13. März

Konferenz „Mittlere Havel –  
Naturpark mit Zukunft?  
Chance für die Region“  
in Götz

### 12. April

Filmgespräch 4. Energierevolution  
im Thalia Kino  
in Potsdam

## Impressum

**Cornelia Behm Nachrichten**  
Ausgabe 16

### Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)  
Wahlkreisbüro,  
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam  
Tel.: 0331.887 10 56  
Fax: 0331.887 10 55  
Internet: [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)  
[cornelia.behm@wk.bundestag.de](mailto:cornelia.behm@wk.bundestag.de)

### Fotos & Grafiken:

S. 1: Bubi\*  
S.2: Peter von Bechen\*,  
P. Kirchoff\*;  
S.3: Manfred Hauck\*, Barbara  
Sophie\*; S. 4: Rainer Sturm\*  
\*Pixelio.de

### Layout/Satz:

WortSchlag.net  
Postfach 880135  
D – 13107 Berlin  
Mail: [service@wortschlag.net](mailto:service@wortschlag.net)  
[www.wortschlag.net](http://www.wortschlag.net)

### Druck:

Druckerei Jörg Mertinkat  
Eberswalder Str.141,  
16227 Eberswalde  
Tel. 03334-32396 . Fax 360535  
email: [mertinkat-druck@telta.de](mailto:mertinkat-druck@telta.de)

## Demokraten für Zossen

Am 23. Januar haben Rechtesextreme das Haus der Demokratie in Zossen niedergebrannt. Mit dem zügigen Wiederaufbau des Hauses müssen wir ein deutliches Zeichen gegen den feigen Anschlag setzen. Ein Erfolg der Nazis wäre fatal.

Cornelia Behm ruft deshalb alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, die Initiative „Zossen zeigt Gesicht“ mit Spenden für den Wiederaufbau zu unterstützen. Informationen dazu gibt es unter <http://zossen-zeigt-gesicht.de>

## Breitbandversorgung

Die Breitbandstrategie der Bundesregierung hat versagt. Das selbstgesteckte Ziel, bis Ende 2010 eine flächendeckende Breitbandversorgung in Deutschland zu gewährleisten, ist nicht mehr realisierbar. Das Bundesagrarministerium kündigte deshalb einen Strategiewechsel an. Über die Bundesnetzagentur will das Haus den Wettbewerb auf dem Kommunikationsmarkt wieder beschränken. Durchleitungsentgelte für die so genannte letzte Meile sollen erhöht und getätigte Investitionen länger vor Konkurrenz geschützt werden. Die Vorschläge kommen einer klaren Bevorzugung der Deutschen Telekom gleich. Das lehnen wir ab. Denn die Zeche zahlen Mittelstand und Verbraucher.

## Gesundheit

# Weniger Netto vom Brutto

**8 Euro Zusatzbeitrag im Monat verlangen viele Krankenkassen ab demnächst. Denn erst ab 8 Euro gilt die Belastungsobergrenze von einem Prozent des Bruttoeinkommens. Solange sie unterhalb dieser Grenze bleiben, ersparen sich die Kassen die aufwändige Einkommensüberprüfung. Aber auch so ist der Verwaltungsaufwand für diesen zweiten Kassenbeitrag enorm. Doch bei 96 Euro im Jahr wird es nicht bleiben.**

Dieser widersinnige Zusatzaufwand ist eine Hinterlassenschaft der großen Koalition. Einkommensabhängige Beiträge und der Steuerzuschuss des Bundes decken die Gesundheitsausgaben ab 2010 nicht mehr voll. Den Rest müssen die Kassen über Zusatzbeiträge eintreiben. Rund 4 Mrd. Euro beträgt die Finanzierungslücke dieses Jahr voraus-

sichtlich. Daraus ergibt sich ein rechnerischer Zusatzbeitrag je Mitglied von 6,50 Euro im Monat. Aber schon für 2011 ist mit einem Defizit von wenigstens 9 Milliarden Euro zu rechnen. Das entspricht einem Zusatzbeitrag von 15 Euro.

Gesundheitsminister Rösler wartet derweil ab. Er verweist auf die Verantwortung von Union und SPD.



**Mehr Pillen, mehr Zusatzbeiträge.**

## Solarförderung

Mit der beabsichtigten Sonder-Absenkung der Solarstrom-Vergütung nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) um 16 Prozent für Dachanlagen sowie bis zu 25 Prozent bei Freiflächenanlagen wird der Solarbranche in Deutschland der Garaus gemacht. Kanzlerin Merkel hat in den letzten vier Jahren schon die Zerschlagung der Biokraftstoffbranche zugelassen. Nun geht Umweltminister Röttgen auf die Solarbranche los, während zeitgleich von Union und FDP die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke vorangetrieben wird.

## Waldzustand

Die positive Tendenz des Waldzustandsberichts 2009 bedeutet keine Entwarnung. Alle Fachleute wissen, dass der Klimawandel und jeder trockene Sommer die Lage sehr schnell dramatisch verschlechtern können. Die aktuelle Erholung ist lediglich eine Verschonungspause. Der Umbau von Kiefern- und Fichtenmonokulturen hin zu stabilen, klimaplastischen Mischwäldern muss daher fortgeführt und verstärkt werden. Ein Problem nicht nur für die Wälder bleibt der hohe Stickstoffausstoß des Verkehrs und der Landwirtschaft. Emissionsmindernde Maßnahmen sind von der schwarz-gelben Bundesregierung jedoch kaum zu erwarten.

Tatsächlich passen ihm die kleinen Kopfpauschalen aber gut ins Konzept. Denn sie sind ideale Türöffner für seine große Kopfpauschale. Gleichzeitig geraten die Kassen immer tiefer in die roten Zahlen, weil Rösler und die Bundesregierung nichts gegen die stetig steigenden Ausgaben unternehmen. Stattdessen wird der Leiter des wichtigsten Arzneimittel-Prüfinstituts vor die Tür gesetzt, weil er zu pharmakritisch ist. Weitere Belastungen für die Versicherten sind vorprogrammiert.

Bündnis 90/Die Grünen lehnen den schleichenden Einstieg in ein Kopfpauschalensystem ab, das viele Millionen Beitragszahler mit hohem Verwaltungsaufwand zu Empfängern von Sozialleistungen degradiert. Stattdessen treten wir für die Weiterentwicklung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung für alle ein, bei der alle Einkunftsarten in die Finanzierung der Krankenversicherung einbezogen werden.